

Spielraum ließ, zu bestimmten Arbeitszielen oder -methoden des MfS Skrupel zu haben - oder auch nicht. Und davon hing es ab, wie ich in bestimmten Situationen gehandelt habe.

Um es deutlich zu machen: ich hatte zwischen 1982 und 1986 in drei Fällen auf Antragsteller auf Übersiedlung dahingehend Einfluß genommen, daß diese durch Zahlen eines Geldbetrages in DM an den DDR-Staat ihre Übersiedlung überhaupt bzw. schneller erwirken können. Mit dieser meines Wissens in Einzelfällen praktizierten Vorgehensweise gewann der DDR-Staat dringend benötigte Devisen, von denen er nicht nur wegen mangelnder Effektivität seiner Wirtschaft, sondern auch aus handfesten politischen Gründen durch einige „Brüder und Schwestern“ westlich der Staatsgrenze abgeschnitten war. Dort, wo Geld war, ließ sich manches entkrampfen.

Meine eigenen Bedenken zu diesem Vorgehen und die des jeweils damit befaßt gewesenen Mitarbeiters ließen mich rasch davon wieder Abstand nehmen. Mir schien eine finanzielle Lösung mangels rechtlicher Ansprüche nicht opportun, zumal sie jene mit dem gehörigen Portemonnaie gegenüber allen anderen bevorzugt hätte. Gerechtfertigt hatte ich diese Maßnahmen in den drei genannten Fällen, wovon einer im Versuch gescheitert war, mit dem Hinweis, auf solchem Weg einen Teil der Ausbildungskosten dieser Person dem Staat zurückzuführen. Aber dieses Problem hätte dann bei allen anderen auch gestanden und war insofern nur eine punktuelle Lösung.

Irgendwie erinnerte mich das unangenehm an die Kammerdienerszene in Schillers „Kabale und Liebe“. Allerdings - unsere Landeskinder wurden nicht gegen ihren Willen „verkauft“, aber zum „Jüngsten Gericht“ waren wieder welche hier. Ich bin mir im klaren, daß es zu der geschilderten Vorgehensweise den Vorwurf der Nötigung oder Erpressung geben wird bzw. kann - es hängt immer davon ab, von welcher Position aus das Problem betrachtet wird. Beim Bewerten empfehle ich jedoch zu versuchen, sich in meine Lage zu versetzen - eine Forderung, die an uns bezüglich der damals von unseren Maßnahmen Betroffenen ja auch unnachgiebig gestellt wird.

In allen Dienstseinheiten unserer Bezirksverwaltung wurden große Anstrengungen unternommen, um die tatsächlichen Motive und Anlässe von Antragstellern auf Übersiedlung in Erfahrung zu bringen und gegebenenfalls auszuräumen. Dazu gehörte auch das Ansprechen von Familienangehörigen, Arbeitskollegen und Hausbewohnern, selbstverständlich auch der Einsatz von Inoffiziellen Mitarbeitern, sofern solche in deren Umgebung im Ergebnis des Einsatzes des Koordinierungsmittels der Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG) ausgemacht werden konnten.